

M|1 Berliner Deklaration

Aus der Berliner Deklaration [Erklärung] der vier Siegermächte **USA**, **UdSSR**, **Großbritannien** und **Frankreich** zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland, die im Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats am 5. Juni 1945 veröffentlicht wurde:

„Die deutschen Streitkräfte [...] sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland [...] ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. [...] Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung [...].

5 Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und [...] der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland [...]. Die Übernahme [...] bewirkt nicht die Annektierung [Einverleibung] 10 Deutschlands.

Die Regierungen [der Alliierten] [...] werden später die Grenzen Deutschlands [...] festlegen. [...]

Während der [Besatzungs-]Zeit [...] wird in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern Großbritanniens, 15 der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und Frankreichs auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Die vier Oberbefehlshaber bilden zusammen den Kontrollrat. [...] Der Kontrollrat, 20 dessen Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen, [...] trifft im gegenseitigen Einvernehmen Entscheidungen über [...] Deutschland als Ganzes [...].“

Quelle: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7–9



Abb.: Alliierten Kontrollrat: Die vier alliierten Militärgouverneure im Juni 1945, v.l.: B.L. Montgomery (GB), D.D. Eisenhower (USA), G.K. Schukow (UdSSR), J. de Lattre de Tassigny (F).

AUFGABEN

- 1 Benenne die vier Hauptpunkte der Erklärung (M 1).
- 2 Markiere in der Zeittafel (M 2) Ereignisse in den Westzonen in Grün und Ereignisse in der SBZ in Rot.

M|2 Chronologie 1945–1949

1945
<ul style="list-style-type: none"> – Bedingungslose Kapitulation (08.05.) – Potsdamer Konferenz (17.07.–02.08.) – Zulassung von Parteien, zwangsweise Bildung der „Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien“ in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) unter Führung der Kommunistischen Partei (KPD) – Entschädigungslose Enteignung von Banken, Betrieben, Unternehmern und Grundbesitzern („Bodenreform“) in der SBZ – Zulassung demokratischer Parteien in der amerikanischen, britischen und französischen Zone
1946
<ul style="list-style-type: none"> – Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der SBZ – Demokratische Landtagswahlen in der US-Zone
1947
<ul style="list-style-type: none"> – Bizone (01.01.) aus US- und britischer Zone – Truman-Doktrin (12.03.), Erklärung des US-Präsidenten Truman, den sowjetischen Einfluss in Europa einzudämmen – Marshall-Plan (05.06.): Europäisches Wiederaufbau-Programm (Kredite und Sachleistungen der USA) für Westeuropa und die Westzonen; die UdSSR weist die Hilfe für Osteuropa und die SBZ zurück – Zwei-Lager-Theorie (01.10.), Erklärung der Kommunistischen Parteien, den Einfluss der USA in Europa zu bekämpfen – Scheitern verschiedener Außenministerkonferenzen der Alliierten, weil sich die Siegermächte nicht auf eine Staatsform für das zukünftige Deutschland einigen können (USA/GB wollen Bundesstaat, Frankreich will Staatenbund, UdSSR zentralistischen Einheitsstaat) – Demokratische Landtagswahlen in der britischen und französischen Zone
1948
<ul style="list-style-type: none"> – Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (23.02.–02.06.1948, Frankreich, Großbritannien, USA, Belgien, Niederlande, Luxemburg): Einigung auf Weststaatslösung, Auftrag an westdeutsche Ministerpräsidenten, eine Verfassung ausarbeiten zu lassen – Währungsreform (Deutsche Mark) in den Westzonen (20.06.) – Währungsreform (Ost-Mark) in der SBZ (23.06.) – Blockade West-Berlins durch die UdSSR (24.06.1948–12.05.1949), „Luftbrücke“ der Westalliierten
1949
<ul style="list-style-type: none"> – Trizone (08.04.), Zusammenschluss von Bizone und französischer Zone – Gründung der Bundesrepublik; Grundgesetz (23.05.), freie Bundestagswahlen (14.08.) – SBZ: Absage der Landtags- und Gemeindewahlen, Ausrufung der DDR (07.10.1949) durch „Deutschen Volksrat“, dessen Mitglieder von der sowjetischen Militäradministration und der SED bestimmt wurden

M|3 Josef Stalin (UdSSR)

Foto: alg-images



Josef W. Stalin (1878 – 1953), kommunistischer Diktator der UdSSR, erklärte am 11. April 1945 dem jugoslawischen Kommunisten Milovan Djilas (1911–1995) seine außenpolitischen Pläne für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Djilas veröffentlichte 1962 den Inhalt der Gespräche mit Stalin:

„Stalin legte dar, wie er über die besondere Art des Krieges dachte, den wir zurzeit führen: Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“

Quelle: Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1962, S. 146

Will das Gebiet unter seinen Bedingungen regieren

M|4 Winston Churchill (GB)

Foto: alg-images/Heritage-Images/Keystone Archives



Sir Winston Churchill (1874–1965), britischer Premierminister, schrieb aus London am 12. Mai 1945 dem US-Präsidenten Harry S. Truman (1884–1972) in einem Telegramm:

„Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. [...] Ich habe mich stets um die Freundschaft mit den Russen bemüht, aber [...] ihr überwältigender Einfluss [in Mittel- und Osteuropa], auf dem

Balkan bis hinunter nach Griechenland [...], die Verkopplung ihrer Macht mit der Besetzung und Kontrolle [...] weiter Gebiete, die kommunistische [...] Taktik in so vielen anderen Ländern [West- und Südeuropas] und vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich ebenso sehr wie Sie. Wie wird sich die Lage in ein oder zwei Jahren darstellen, wenn die britischen und amerikanischen Armeen nicht mehr existieren und die Franzosen noch keine beachtliche Armee aufgestellt haben, so dass wir über eine Handvoll Divisionen [...] verfügen, während Russland zwei- bis dreihundert unter ihren Fahnen hält?

Ein eiserner Vorhang ist vor der russischen Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, dass der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck-Triest-Korfu schon binnen kurzem völlig in [russischer] Hand sein wird. [...]“

Quelle: zitiert nach: Friedel, Mathias (Hrsg.): Von der Teilung zur Wiedervereinigung. Dokumente zur Deutschen Frage in der Zeit des Kalten Krieges (1945–1989/90). Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung 2009, S. 32–33

Angst vor einem Krieg mit Russland

M|5 Ernest Bevin (GB)

Foto: alg-images



Ernest Bevin (1881–1951), britischer Außenminister, schrieb in einem streng geheimen Bericht für die britische Regierung am 03.05.1946:

„Bis vor wenigen Monaten waren wir der Meinung, das deutsche Problem beschränke sich [...] allein auf Deutschland selbst, und es gehe darum, [...] den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer starken, aggressiven Macht zu

verhindern. [...] Dieses Ziel kann selbstverständlich nicht aufgegeben werden [...]. Aber es kann nicht länger als einziges [...] Ziel betrachtet werden. Denn die russische Gefahr ist inzwischen [...] noch größer als die Gefahr eines wieder erstarkten Deutschlands. Am schlimmsten aber wäre ein wieder erstarktes Deutschland, das gemeinsame Sache mit Russland macht oder von ihm beherrscht würde. [...]“

Quelle: zitiert nach: Tabaczek, Martin/Altenberend, Johannes: Deutschland nach 1945. Teilung und Einheit im internationalen Kontext. Frankfurt am Main: Fischer 2014, S. 19

Angst vor einem wieder starken Deutschland

M|6 James F. Byrnes (USA)

Foto: alg-images



James F. Byrnes (1882–1972), US-Staatssekretär für Außenpolitik, in einer Rede vom 6. September 1947 in Stuttgart:

„Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, dass Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muss, und dass die Zonenschranken [...] vollständig fallen müssen. [...] Es ist klar, dass wir [...] nicht weiterhin

den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. [...] Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun [...], um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. [...] Deutschland muss die Möglichkeit haben, Waren auszuführen, um dadurch so viel einführen zu können, dass es sich wirtschaftlich selbst erhalten kann. [...]“

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, dass jetzt dem deutschen Volk innerhalb ganz Deutschlands die Hauptverantwortung für [...] seine [...] Angelegenheiten bei geeigneten Sicherungen übertragen werden sollte. [...] Alles, was die alliierten Regierungen [...] tun sollten, ist, Richtlinien festzusetzen, nach denen sich die deutsche Demokratie selbst regieren kann. [...] Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein.“

Quelle: zitiert nach: Michaelis, Herbert/Schraepfer, Ernst (Hrsg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. 25. Band. Berlin: Dokumenten-Verlag Wendler o. J., S. 31–39

Will Deutschland als eigenwilligen Staat manifestieren

M|7 George F. Kennan (USA)

George F. Kennan (1904 – 2005), US-Diplomat und Botschaftsrat in Moskau zitiert in seinen „Memoiren eines Diplomaten“ (veröffentlicht 1971) Aufzeichnungen aus dem Jahr 1945:

„Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung haben – zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe [...]. Aber sie lässt sich nicht umgehen [...].“

Zugegeben, dass das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt.“

Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1971, S. 264–268

M|8 Andrei A. Schdanow (UdSSR)

Andrei A. Schdanow, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, erklärte 1947 auf einer Konferenz der kommunistischen Parteien Europas:

„Die amerikanischen Monopole rechnen [...] nicht damit, dass Franco [faschistischer Staatschef Spaniens] oder die griechischen Faschisten ein irgendwie zuverlässiges Bollwerk der USA gegen die UdSSR [...] sein könnten. Deshalb setzen sie besondere Hoffnungen auf die Wiederherstellung des kapitalistischen Deutschlands [...]. Das ist der Grund, weshalb die Deutschlandfrage und [...] das [...] Ruhrgebiet als [...] rüstungsindustrielle Basis eines der UdSSR feindlichen Blocks die wichtigste Frage [...] zwischen den USA, England und Frankreich darstellt. [...]“

Die amerikanischen Imperialisten fordern ferner die Vereinigung der drei Besatzungszonen und die offen vollzogene [...] politische Abtrennung Westdeutschlands unter amerikanischer Kontrolle [...]. Auf diese Weise wird der Westblock von Amerika [...] als amerikanisches Protektorat, in dem den souveränen europäischen Staaten [England und Frankreich] ein Platz eingeräumt wird, der von dem berüchtigten 49. Staat von Amerika nicht allzu weit entfernt ist.“

Quelle: zitiert nach: Bodensieck, Heinrich: Die Deutsche Frage seit dem Zweiten Weltkrieg. Stuttgart: Klett Verlag 1983, S. 40f.

M|9 R. M. A. Hankey (GB)

R. M. A. Hankey, Diplomat und Leiter der für Deutschland zuständigen Abteilung im britischen Außenministerium, in einem Bericht vom 14. Mai 1948:

„Meiner Meinung nach wäre ein vereintes Deutschland eine viel größere Gefahr für den Frieden als ein geteiltes Deutschland [...]. Westdeutschland mit seinen 40 Millionen, von der Russenfurcht beherrschten Einwohnern ist [...] auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen, um Schutz zu erhalten (übrigens dürfte wohl klar sein, dass es wieder bewaffnet werden muss), und es ist vollkommen abhängig von den Westmächten im Hinblick auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Absatzmärkte. [...] Kurz gesagt: wir würden es insgesamt viel besser im Griff haben, und es wäre eine viel geringere Gefahr für Frankreich. [...] Damit ist auf jeden Fall klar, dass es ein vereintes Deutschland nicht geben darf. [...]“

Quelle: Friedel, Mathias (Hrsg.): Von der Teilung zur Wiedervereinigung. Dokumente zur Deutschen Frage in der Zeit des Kalten Krieges (1945–1989/90). Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, 2009, S. 22–23

M|10 Deutschland 1945–1949

Deutschland unter Besatzungsherrschaft der Alliierten



AUFGABEN

- 1 Fasst die Positionen (M 3–M 9) jeweils in einem Satz zusammen. **ODER**
- 2 Dreht zu jeder Position ein kurzes Handy-Video, in dem ihr die Hauptaussage zusammenfasst.



Warum zerreißen die Alliierten Deutschland in zwei Teile?

AUFGABEN

- 1 Kläre mit deinem Lernpartner die Aussage der Abbildung. (Partnerarbeit)
- 2 Arbeitet die wesentlichen Motive der Siegermächte, Deutschland zu teilen, aus den Materialien (M 3–M 9) heraus.
- 3 Präsentiert eure Arbeitsergebnisse innerhalb der Gruppe. Tragt dann alle Motive der Alliierten in Stichworten in die passende Sprechblase ein.
- 4 Präsentiert euer Gruppenarbeitsergebnis: Klärt abschließend, warum 1949 in Deutschland zwei Staaten gegründet wurden.